

»Soziale Aspekte«

Kommentar von Dietmar Mikats

8. August 2019

Ich bin im Ruhestand, wohne seit 35 Jahren in Hornstein und habe als Sozialarbeiter im Behinderten- und Straffälligenbereich gearbeitet.

Während dieser Tätigkeit hatte ich mit unterschiedlichen sozialen Gefügen zu tun:

- Familiensystemen: klassischen-, Patchwork-, Alleinerziehenden (in welcher Zusammensetzung auch immer)
- Betreuungssystemen, wie Unterbringungseinrichtungen, Wohnheimen, Gefängnissen
- Versorgungssystemen: im öffentlich-staatlichen Bereich, wie auch privaten und karitativen Sektor

Über diese Tätigkeit weiß man sehr schnell um deren Bedeutung für ein – halbwegs – funktionierendes Zusammenleben.

Auch im Dorfleben spielt dieses soziale Gefüge, das sogenannte Gemeinwesen, eine bedeutende Rolle:

So wie wir dieses Gemeinwesen gestalten, organisieren und ermöglichen, spiegelt es wider, wie wir einander im öffentlichen Raum begegnen und wie wir miteinander umgehen. Damit meine ich z.B.: auch einen ohne Konsumzwang belebten Ortskern.

Das Vergangene, ein Vergehen!

Wie wir alle beobachten: In den letzten zwei bis drei Jahrzehnten hat sich das Ortsbild, das Leben im Dorf, der Ortskern massiv verändert. Diverse Geschäfte, Fleischer, Bäcker, Trafiken, Greißler und andere Geschäfte der Nahversorgung (Kleidergeschäft, Putzerei usw. sind verschwunden oder nur mehr in Spuren zu finden).

Und sind nicht auch die Menschen weniger geworden, obwohl unsere Gemeinde wächst? Menschen, die die Straße beleben: tratschen, flanieren, Schmäh führen – einfach ohne Absicht, ohne konsumieren zu wollen/zu müssen?

Der Ortskern ist vor allem auch eine Kommunikationsstelle, ein Infopunkt oder „Nachrichtenbörse“. Viele davon gibt es (so) nicht mehr – zugespitzt gesagt: der zum Verbleiben einladende Ortskern, die Seele des Dorfes, verblasst zusehends oder ist bereits verblasst.

Es benötigt Zeit darüber nachzudenken, was wir Menschen im Ort eigentlich wollen, z.B. um mehr Leben in das Zentrum unserer Gemeinde zu bekommen, abseits von Bauernmarkt und Gastronomie. Gleich vorweg: nichts gegen diese Einrichtungen, die haben natürlich ihren (auch ökonomischen) Platz und ihre Berechtigung.

Es gilt, dieses Gut, diese Schätze, die wir in der Ortsmitte haben zu bewahren: Historisches mit Leben zu füllen, für die Menschen zugänglich und erlebbar machen, nicht zuletzt um die Identifikation mit dem Ort als Lebensraum zu stärken und damit das Gemeinwohl zu fördern.

Die „Jungen“

Wir wollen doch die jungen Leute nicht vergessen, die „nachwachsen“ oder nach Hornstein zuziehen. Wir sollten Ihnen mit einem lebendigen Ortskern identitätsstiftendes bieten.

Aber im Moment sind wir dabei öffentliches Eigentum zu verkaufen, „herzuschicken“ – d.h.: ziemlich sicher 100 Jahre lang keinen Zugriff mehr auf die »Alte Schule« zu haben. Dafür kommen fünf oder zehn Parkplätze dazu – zum neu versiegelten Rathausplatz (andere Gemeinden wissen über die Überhitzung der Gemeindeflächen und setzen daher Bäume und schaffen Grünflächen).

Nebenbei bemerkt: auch das Arzthaus, unmittelbar neben dem Rathaus ist bereits weg und somit auch eine Gestaltungsmöglichkeit für den Ortskern.

Ein Fazit

Bürger werden eingeladen Ideen einzubringen und mit parallel-laufenden Baurechtsverhandlungen zur »Alten Schule« wieder eingeladen – dezent ausgedrückt.

Funktionierendes Gemeinwesen – Miteinander von Bürgern und Gemeindevertretung schaut anders aus, vor allem wenn man es sich auf die Fahnen geheftet hat.

Ich kann die »Alte Schule« – ein historisches Gebäude – als Chance sehen und gemeinsames Eigentum so gestalten, dass auch wir (die eigentliche Gemeinde) daran teilhaben können. Und zwar alle. Das bedeutet für mich: alle sozialen Schichten.

Oder aber, wie jetzt beschlossen: öffentliches Eigentum wird privatisiert; d.h. Hornstein bietet fünf Wohnungen plus Parkplatz – wofür eigentlich? Damit wir dieses Gemeingut nicht mehr nützen dürfen, weil wir einen Kostenfaktor weghaben wollen?

Grundsätzlich ist die Neunutzung von alten Gebäuden und Flächen abzuwägen und im nachhaltigen Sinne zu hinterfragen. Zu erfragen wäre außerdem die Aufenthaltsqualität im Ortskern. Erst mit diesem Wissen und diesen Daten ausgestattet wäre zu handeln.

Sprachregelung und Alarmismus

ABER: die vorherrschende Sprachregelung in der Gemeindestube lautet „finanzielles Desaster“ (Forsthaus), „riesiger Schuldenberg“ (Gemeindebudget) und offensichtlich ein Lieblingswort: „Kostenfaktor“.

Dieser Alarmismus wird ergänzt durch Aussagen wie „Gefahr im Verzug“, zum schnellen 100-Jahre-Verzicht der »Alten Schule«. Ich nehme an, das ist der Grund für die selbstlose Rettung durch die „Neue Eisenstädter Siedlungsgenossenschaft“ und für das Angebot der superschnellen „Sanierung“ der »Alten Schule« (wieder Alarmismus: ein bis drei lose Dachziegel)!

Da ich von mir sagen kann, Gesellschaft und Politik nunmehr seit gut 50 Jahren aktiv zu beobachten, möchte ich anmerken: die Politik hat einiges in der Entwicklung des gesellschaftlichen Lebens verschlafen.

1) Die Veränderungen in der Arbeitswelt und in den Familiensystemen: bis heute sind Antworten des politischen Systems – z.B.: qualitative Kinderbetreuungsangebote – nicht flächendeckend und werden von Teilen der Politik nicht mitgetragen; ich erinnere, wie schnell das Wort *Ganztagsschule* – ohne Diskussion über Sinn oder Unsinn dieses Modells – zur „Zwangstagschule“ mutiert ist. Nebenbei noch ein sozialer Aspekt: wo bleibt da die Chancengleichheit? Den Kindern werden gleiche Chancen verwehrt!

2) ODER: das Schlechtmachen der österreichischen Bahn, Aushungern übers Budget, Missmanagement durch ungeeignete Leute – wohlwissend, dass das Auto (wie wir es kennen und nutzen) ein Ablaufdatum hat (heute sind wir froh, dass wir zumindest ein rudimentäres Schienennetz haben).

3) ODER, um wieder zum Thema zu kommen: wir sehen die Speckgürtel wachsen und die Orts- und Stadtkerne veröden. Teile des politischen Personals mischt dabei mit. Und wir schauen dabei zu.

Aber jetzt wollen wir nicht mehr zuschauen!

Und was ist die Reaktion der politisch Verantwortlichen vor Ort? „Drüberfahren“ sowie keine Diskussion auf Augenhöhe.

Was ich schlimm finde und ich wiederhole mich: interessierte und engagierte Bürger einzuladen, um ihre Ideen zu hören, dann das durchzuziehen, was ohnehin geplant war, um darauffolgend bedauernd festzustellen, dass halt nicht jede Idee gut genug wäre und durchgeführt werden könne? Eine Alibihandlung? Jedenfalls ist das kein zukunftsweisendes und soziales Miteinander.

Das finde ich, ist ein Grund zum Nachdenken und Reden!